

OFFENER BRIEF

AN DIE DEMOKRATISCHEN FRAKTIONEN IM HESSISCHEN LANDTAG

16. September 2024

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

angesichts der beunruhigenden Nachrichten über die laufenden Verhandlungen zum Landeshaushalt des kommenden Jahres wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie. Nach allem, was bisher – etwa durch die Berichterstattung in Der *Frankfurter Rundschau* vom 11. September – bekannt ist, sind erhebliche Kürzungen und Einsparungen zu erwarten.

Wir müssen davon ausgehen, dass dies mittel- oder unmittelbar auch die Ausgaben im Bildungsbereich betreffen wird. Unmittelbar durch Mittelkürzungen in den Landesministerien, und mittelbar durch geringere Landeszuweisungen an die Kommunen. Kürzungen und Einsparungen in Kitas, Schulen und Hochschulen aber wären gesellschaftlich verheerend. Sie würden abermals die im vergangenen Landtagswahlkampf gemachten Versprechen der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien ad absurdum führen.

Aktuell arbeiten in Hessen zu wenig ausgebildete Erzieher:innen und Lehrkräfte. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird diese Berufsfelder noch unattraktiver machen. Der Fachkräftemangel wird sich so weiter verschärfen. Dabei sind bessere Personalschlüssel und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich, um junge Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen. Hierzu gehört auch eine Bildungsinfrastruktur, die modernen pädagogischen Anforderungen entspricht. Viele Kitas, Schulen und Hochschulen in Hessen genügen aufgrund ihres baufälligen Zustands diesen Anforderungen nicht.

Bereits jetzt besteht in Hessen eine erhebliche Abhängigkeit des individuellen Bildungserfolgs von der sozioökonomischen Stellung des Elternhauses. Kürzungen im Bildungsbereich werden diesen Zusammenhang verstärken und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Es darf nicht weniger Geld für Bildung ausgegeben werden, sondern vielmehr ist eine Steigerung der Bildungsausgaben geboten. So sollte das Land Hessen das Startchancenprogramm mit zusätzlichen Mitteln kofinanzieren. Eine Anrechnung bestehender Programme muss unterbleiben.

Auch angesichts steigender Schüler:innenzahlen in den kommenden Jahren muss die Landesregierung jetzt handeln. Nur mit besseren Arbeitsbedingungen und

einem Ausbau der Ausbildungskapazitäten kann die Zahl der zukünftig benötigten Lehrkräfte gewonnen werden. Um dies sicher zu stellen, darf kein Personal an den Hochschulen eingespart werden.

Aus den genannten Gründen fordern wir Sie auf, keinem Haushalt zuzustimmen, der direkte Kürzungen im Bildungsbereich des Landes inklusive des Hochschulpakts vornimmt oder den Kommunen Mittel entzieht.

Mit freundlichen Grüßen



Thilo Hartmann,
Vorsitzender



Simone Claar,
stellv. Vorsitzende



Heike Ackermann,
stellv. Vorsitzende